



## **Kirchliche Kontaktstelle für Flüchtlingsfragen (KKF), zusätzliche Leistungen im Auftrag der Interkonfessionellen Konferenz (IKK); Zwischenbericht; Kenntnisnahme**

### **Antrag:**

**Die Synode nimmt Kenntnis vom Zwischenbericht über die zusätzlichen Leistungen der Kirchlichen Kontaktstelle für Flüchtlingsfragen (KKF) im Auftrag der Interkonfessionellen Konferenz (IKK).**

## **Begründung**

### **1. Ausgangslage**

Die Wintersynode 2006 genehmigte die zusätzlichen Leistungen der Kirchlichen Kontaktstelle für Flüchtlingsfragen (KKF) im Auftrag der Interkonfessionellen Konferenz (IKK) "Unterstützungsnetz für abgewiesene Asyl Suchende" und "Bildungsangebot zu Themen im Asylbereich für kirchliche Mitarbeitende, Freiwillige und KUW/Religionsunterricht". Der KKF stehen für die beiden Projekte je CHF 40'000.- pro Jahr zur Verfügung. Die Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn leisten einen finanziellen Anteil von CHF 64'320.- an die total CHF 80'000.-. Die Synode verlangte bis spätestens 2010 einen Zwischenbericht, um überprüfen zu können, ob das Geld gut eingesetzt wird.

Die KKF stellte dem Vorort der IKK im Monat Juni einen Bericht zu diesen beiden Projekten für die Jahre 2008 - 2010 zu. Der nachfolgende Zwischenbericht basiert wesentlich auf diesen Informationen. Über die Aktivitäten des Unterstützungsnetzes für abgewiesene Asyl Suchende wurde die IKK zudem jährlich schriftlich informiert.

### **2. Bildungsangebot zu Themen im Asylbereich**

Das langjährige, gut etablierte und ursprünglich über den Staatsvertrag finanzierte Informations- und Sensibilisierungsangebot für Berufs- und Mittelschulen wurde mit dem Synode-Entscheid ab 2007 neu auch Kirchgemeinden angeboten. Dafür stehen 20 Stellenprozente zur Verfügung. Es will Verständnis wecken für Menschen, die ihre Heimat verlassen und in der Schweiz Schutz suchen sowie eine differenzierte Haltung zu Ereignissen und Problemen im Asyl -und Ausländerbereich fördern. Das Angebot richtet sich nach den inhaltlichen Bedürfnissen und Wünschen der Zielgruppen und ihren zeitlichen Ressourcen. Neben Hintergrundinformationen ist die aktive Auseinandersetzung mit den persönlichen Erfahrungen und Fragen der Teilnehmenden im Zusammenleben oder in der Zusammenarbeit mit Asyl Suchenden zentral.

Das Angebot war vor allem in den Berufsschulen gut etabliert. Ab 2008 finanzierte der Migrationsdienst des Kantons Bern diese Aufgabe im Rahmen des Staatsvertrags nicht mehr. Die kirchlichen Vertreter und Vertreterinnen in der KKF-Aufsichtskommission erklärten sich bereit, mit den kirchlichen Geldern auch Anlässe in den Berufsschulen zu übernehmen, damit das Angebot in kleinerem Umfang bestehen bleiben konnte.

In den Vorjahren und auch 2007 fanden jeweils 40 - 50 Veranstaltungen statt. Wegen Pensionierung und langer krankheitsbedingter Abwesenheit der Nachfolgerin fanden 2008 nur 19 und 2009 15 Anlässe statt. 2010 nehmen die Veranstaltungen mit der Anstellung einer neuen Fachperson wieder zu. Die Erfahrung zeigt, dass die Anfragen aus Kirchgemeinden nicht einfach kommen. Flyer und allgemeine Informationen genügen nicht. Es braucht Kontakte zu „Türöffnern“ in den Kirchgemeinden, was nicht ganz einfach ist. Allgemein wurde die Aufbauarbeit unterschätzt. 2008 als der Kanton Notunterkünfte an mehreren Orten eröffnen musste, weil die Anzahl Asylgesuche stark gestiegen war, nahm die KKF Kontakt auf mit den Kirchgemeinden in den betroffenen Regionen. Sobald neue Unterkünfte eröffnet wurden, bot sie gezielt ihre Dienstleistungen an. Konkrete Aufträge entstanden daraus jedoch nicht. Seit 2010 werden nun vermehrt Anlässe durchgeführt, die in Zusammenarbeit mit interessierten Kirchgemeinden ausgearbeitet werden und auf deren konkreten Ressourcen und Kontakten z.B. mit einer Migrantenvereinigung aufbauen.

Aufgrund der Vernetzung mit anderen Akteuren wurden folgende Anlässe durchgeführt: Im Januar 2008 arbeitete die KKF beim Kurs „Umbruch im Asylbereich – Was können Kirchgemeinden tun?“ mit der Fachstelle Migration zusammen. In Oktober 2008 und 2009 leistete sie einen Beitrag am Migrationstag des Vikariatskurses „Meine Kirche – ein Fenster zur Welt“. Im Rahmen des Zvieris mit Beratung für abgewiesene Asylsuchende und Sans-Papiers in Biel (siehe unter Punkt 3) führte die KKF 2009 zwei Weiterbildungsanlässe für die Freiwilligen durch. Im April 2010 wurde ein Bildungsanlass für die Freiwilligen des Mittagstisches Bern und die Sozialarbeiterinnen der röm.-katholischen Gesamtkirchgemeinde Bern angeboten.

Information zum Thema Asyl/Flucht und Sensibilisierung über die Situation von Asylsuchenden sind in der heutigen gesellschaftlichen Situation weiterhin wichtig. Wie weit Kirchgemeinden dies zu ihren kirchlichen Aufgaben zählen, ist jedoch offen.

### **3. Kirchliches Unterstützungsnetz für abgewiesene Asylsuchende**

Dieses Projekt wurde im Hinblick auf die Ausdehnung des Sozialhilfestopps für abgewiesene Asyl Suchende per 1.1.2008 und basierend auf den ersten Erfahrungen mit der Nothilfe für Asyl Suchende mit Nichteintretens-Entscheid entwickelt. Eine Arbeitsgruppe aus verschiedenen kirchlichen Stellen unter Federführung der KKF machte zuhanden der IKK 2007 eine Situationsanalyse und schlug Massnahmen vor, die - teilweise angepasst - bewilligt wurden. Dieser Gesamtbericht von 27.4.2007 bildet die Grundlage für die Aktivitäten in diesem Projekt. Da sich die Rahmenbedingungen und auch die konkrete staatliche Umsetzung des Sozialhilfeausschlusses immer wieder ändern, ist jedoch eine grosse Flexibilität erforderlich.

#### *Koordinationsauftrag*

Im Unterstützungsnetz besteht die Aufgabe der KKF vor allem in der Koordination der kirchlich getragenen Stellen, die abgewiesene Asyl Suchende beraten und begleiten. Zurzeit (Juni 2010) sind folgende Institutionen im Netz vertreten:

- Heilsarmee Flüchtlingshilfe (HAF)
- Kirchliche Passantenhilfe und Soziale Beratungsstelle der Heilsarmee Bern und Biel
- Rechtsberatungsstelle (für den Asylbereich und Menschen in Not) (RBS)
- Fachstelle Migration der Reformierten Kirchen BE-JU-SO (FaMi)
- Fachstelle Sozialarbeit der röm.-kath. Kirche Bern (FASA)
- Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers (VBBS)
- Centre social protestant du Jura bernois (CSP)
- Solidaritätsnetz
- Kirchliche Kontaktstelle für Flüchtlingsfragen, inkl. Rückkehrberatung (KKF)
- Ab Juni 2010 neu: Le Pont, Paroisse réformée française de Berne.

Jährlich finden unter der Leitung der KKF zwei bis vier Sitzungen aller angeschlossenen Institutionen statt. Ziel ist, den Austausch zu pflegen, Synergien zu entwickeln, die Erfahrungen und das Wissen der Fachpersonen an der Front zu bündeln sowie die Aktivitäten zu koordinieren. Dank dieser Aufgabe verfügen die Kirchen auch über solide Informationen betreffend der Umsetzung des Sozialhilfestopps im Gespräch mit dem Kanton (siehe weiter unten).

#### *Information*

Eine ausführliche Information für Kirchgemeinden, Pfarreien usw. zum Thema Sozialhilfeabschluss wurde deutsch und französisch anfangs 2008 publiziert. Eine Version für den Kanton Solothurn entstand im März 2008. Darin wird auch die Haltung der Landeskirchen dargestellt. Die Dokumente sind auf der Homepage der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn (<http://www.refbejuso.ch/publikationen/migration-integration.html>) und der KKF ([www.kkf-oca.ch](http://www.kkf-oca.ch)) abrufbar. Anfang 2008 führten die KKF und die Fachstelle Migration für Kirchgemeinden einen Kurs "Umbruch im Asylbereich - Was können Kirchgemeinden tun?" durch. Die Institutionen des Netzwerkes sind auf Anfrage bereit, in die Kirchgemeinden zu kommen.

#### *Austausch mit der Polizei- und Militärdirektion (POM) und der Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) des Kantons Bern*

Die Kirchen haben sich bei der Asylgesetzrevision 2006 gegen den Sozialhilfestopp ausgesprochen und angekündigt, dass sie die Umsetzung des Gesetzes kritisch begleiten werden. 2010 gibt es immer mehr Menschen, die über lange Zeit mit einer minimalen Nothilfe leben müssen. Das Ziel, abgewiesene Asylsuchende zur Ausreise zu „motivieren“, wird nicht im erhofften Ausmass erreicht. Auch "verschwinden" viele abgewiesene Asyl Suchenden aus der Statistik des Kantons. Einige reisen wohl aus, andere leben als Sans-Papiers weiter hier. Im Rahmen des Kontaktgremiums zu Asyl- und Flüchtlingsfragen, in dem sich zweimal jährlich Vertreterinnen und Vertreter der Landeskirchen mit Kaderpersonen des Kantons treffen, setzen sich die Kirchen dafür ein, dass der Kanton seinen Spielraum bei der Härtefallregelung und bei der Umsetzung der Nothilfe vor allem bei vulnerablen Personen ausnützt. Nach verschiedenen Vorstössen im Kontaktgremium ist der Migrationsdienst (nur) in Einzelfällen und auf Antrag bereit, Sonderlösungen oder ergänzende materielle Hilfe zu bewilligen (z.B. für Mütter mit Säuglingen). Die Einschulung der Kinder in den Sachabgabezentren wurde erst 2009 von der Erziehungsdirektion für obligatorisch erklärt. Die Gesundheitsversorgung bleibt problematisch. Hingegen baute der Kanton die Rückkehrberatung und -hilfe aus, was von den Kirchen ebenfalls seit längerem gewünscht wurde.

Die IKK wandte sich im April 2007 mit einem Schreiben betr. Umsetzung der neuen Härtefallregelung an Herrn Regierungsrat Käser. Anfang 2008 fand ein Gespräch mit ihm statt. Im November 2009 richtete die IKK erneut einen Brief an Herrn Käser, in dem sie ihre Besorgnis zu den Themen Härtefallbewilligung, Verletzliche in der Nothilfe und Situation der Personen, die über lange Zeit von der Nothilfe leben, Ausdruck gab.

#### *Massvoller Ausbau der bestehenden kirchlichen Spezialstellen*

Um Personen, die von der Sozialhilfe ausgeschlossen werden, Zugang zu Information und Beratung zu verschaffen, ihnen Kontakte und Austausch mit andern Menschen zu ermöglichen sowie ergänzende einmalige, minimale materielle Hilfen zu leisten, mussten die im Unterstützungsnetz zusammengeschlossenen Stellen ihre Angebote ausbauen.

Zur Mitfinanzierung dieser Aufgaben halfen die Landeskirchen folgendermassen:

Die Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn richteten einen Teil ihrer Weihnachtskollekte 2008 an die kirchlichen Passantenhilfen in Bern, Biel und Thun und einen Teil der Weihnachtskollekte 2009 an die Mittagstische für abgewiesene Asylsuchende in Bern und Solothurn sowie das Zvieri mit Beratung in Biel. Die katholische Kirche machte einen speziellen Kollekten-Aufruf im Dezember 2009 und 2010 für die entsprechenden Aufgaben ihrer Fachstelle Sozialarbeit.

Mit den CHF 40'000.- für das Projekt kirchliches Unterstützungsnetz werden bei der KKF 10 Stellenprocente (2007: 15 Stellenprocente) für Koordination und Projektarbeit finanziert. Die restlichen Gelder werden jeweils Ende Jahr durch Entscheid der Aufsichtskommission der KKF an Projekte und Institutionen, die abgewiesene Asyl Suchende beraten, verteilt.

- 2007: CHF 10'000 an die RBS und 5'000 an die FASA
- 2008: CHF 8'000 an die FASA und 12'000.- an die Passantenhilfen Bern und Biel
- 2009: CHF 12'000 an das Zvieri Biel, je CHF 4'000.- an die Passantenhilfe Bern und den ökumenischen Mittagstisch für abgewiesene Asylsuchende in Solothurn.

### *Zvieri mit Beratung in Biel*

Bereits 2007 war klar, dass in Biel ein spezifisches Angebot für abgewiesene Asyl Suchende fehlte, aber dringend notwendig war, insbesondere wegen seiner Nähe zum Sachabgabezentrum in Lyss. Es brauchte einige Zeit, bis ein geeigneter Ort und die „richtigen“ Akteure gefunden wurden. Im Februar 2009 wurde das Zvieri mit Beratung für abgewiesene Asylsuchende und Sans-Papiers in Biel eröffnet. Das Bieler Projekt ist auf operativer Ebene eine Kooperation zwischen der kirchlichen Passantenhilfe und Sozialberatungsstelle der Heilsarmee in Biel und der Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers. Es wurde mit der organisatorischen Unterstützung der Fachstelle Migration und der KKF eröffnet (Konzept, Medienarbeit, Mittelbeschaffung, Weiterbildung der Freiwilligen). Das Projekt stützt sich auf eine bestehende Infrastruktur. Dass spezialisierte Beratungen angeboten werden können, verdankt die Beratungsstelle für Sans-Papiers dem Leistungsauftrag des Schweizerischen Roten Kreuzes Bern, in dem auch Gelder für die materielle Nothilfe zur Verfügung gestellt werden.

Der Eröffnungsanlass des Zvieri mit Beratung in Biel im Mai 2009 hat ein gutes Medienecho ausgelöst. Seit dem Eröffnungstag wird die Kapazität des Treffpunktes voll ausgeschöpft. Mit dem Tätigkeitsbericht 2009 wurde versucht, breitere Kreise zu sensibilisieren, darunter auch die Behörden in Biel. Das Projekt erhielt kleine Beiträge der Bieler Kirchen und konnte eine gewisse kirchliche Öffentlichkeit gewinnen. Nach Ablauf der Pilotphase Ende 2010 sollen Bieler Akteure die Verantwortung in der Begleitgruppe übernehmen.

### *Patenschaftsprojekt*

Entsprechend einem interessanten Projekt der Kirchen und der Regierung im Kanton Waadt (Charte du partenariat solidaire, Lausanne 2005) wollte man in exemplarischen Fällen abgewiesenen Asyl Suchenden ein PatInnenteam (eine Person aus kirchlichen Kreisen, eine aus der Politik) zur Seite stellen. Die Paten hätten die Isolation dieser Menschen durchbrechen und sie beim Härtefallgesuch und administrativen Schritten unterstützen sollen. Aufgrund von Zweifeln an der Realisierbarkeit dieser Idee und aus Mangel an zeitlichen Ressourcen wurde dieses Projekt nicht umgesetzt.

## **Heutige Situation und Ausblick**

Gemäss Statistik des Migrationsdienstes leben im Kanton Bern Ende Juni 2010 rund 740 ausreisepflichtige Personen, davon sind rund 165 inhaftiert. Seit 1.1.2008 verzeichnet die Statistik 2001 Abgänge, davon sind 677 Personen ausgereist und 907 Personen "verschwunden". Der Rest betrifft diverse Regelungen von "verstorben" bis "Wiederaufnahme Asylverfahren". Die Zahl der vermissten Personen nimmt konstant zu, die Zahl der Menschen, die Nothilfe beziehen ist seit Anfang 2009 relativ stabil.

Die Bedürfnisse in diesem Bereich nehmen also nicht wie ursprünglich gehofft ab, sondern zu. Im Fazit der Studie "Langzeitbezug von Nothilfe durch weggewiesene Asylsuchende", die vom Bundesamt für Migration 2010 in Auftrag gegeben wurde, steht: „Der Sozialhilfestopp und seine Ausdehnung per 1.1.2008, dessen Ziel es war, weggewiesene Asylsuchende durch eine unattraktive Gestaltung ihres Aufenthalts in der Schweiz verstärkt zur selbständigen Ausreise zu bewegen, hat den dauerhaften Verbleib einer Minderheit der Weggewiesenen in der Schweiz nicht verhindert. Für diese Personen stellt die Nothilfe die weniger abschreckende Option dar als die Rückkehr in die Heimat. Die Behörden müssen sich somit heute darauf einstellen, dass eine nicht zu vernachlässigende Anzahl Weggewiesener teilweise über mehrere Jahre Nothilfe bezieht.“

Das kirchliche Unterstützungsnetz sieht für die Erhaltung der Menschenwürde dieser Personen folgende prioritären Bedürfnisse: Aktivitäten, um der Perspektivenlosigkeit der Betroffenen etwas

entgegenzusetzen, einmalige ergänzende Nothilfen z.B. für die Papierbeschaffung im Heimatland, Begegnungsorte in der Nähe der Sachabgabezentren Brünig und Oberaargau, Freiwillige, die sich in diesem Bereich engagieren.

Es besteht im Kanton Bern die Tendenz, Begleitung und Unterstützung von abgewiesenen Asyl Suchenden den Fachstellen zu überlassen. Dies erklärt sich zum Teil durch die Komplexität der Fragen und durch die Politik des Kantons, Nothilfe in den Sachabgabezentren abzugeben, wodurch die Betroffenen ihre Beziehungen zum bisherigen Wohnort verlieren bzw. mangels Bargeld persönlich nicht aufrechterhalten können. Fachstellen können die Probleme jedoch nicht alleine lösen. Es ist wichtig, dass die (kirchliche) Öffentlichkeit wach und informiert bleibt.

An einer Retraite des kirchlichen Unterstützungsnetzes im März 2010 nahmen Pfarrer Andreas Nufer und eine Freiwillige vom Solidaritätsnetz Ostschweiz teil. Der Tag gab den Teilnehmenden die Möglichkeit aufzutanken und wurde sehr geschätzt. Der Schwung aus der Ostschweiz führte zu neuen Impulsen:

- Ende Oktober sollen Personen, die sich freiwillig in diesem Bereich engagieren, an einen Anlass unter dem Motto "gemeinsam sind wir stark" eingeladen werden. Es gibt auch im Kanton Bern freiwillig Engagierte, nur sind sie in vielen verschiedenen Gruppierungen tätig und eine Vernetzung fehlt.
- In den Beratungen werden neben dem Angehen von Alltagsproblemen gezielt auch persönliche Ressourcen der abgewiesenen Asyl Suchenden aufgespürt. Wenn diese Fähigkeiten für Mitbetroffene oder auch bei Anlässen mit der einheimischen Bevölkerung eingesetzt werden können, ist dies ein Beitrag gegen die Perspektivenlosigkeit.
- Für viele Ausreisepflichtige ist Gott eine Kraftquelle. Diesen Menschen, die kein Geld für Reisekosten haben, eine Teilnahme an Gottesdiensten ihrer Kirchen oder Religionsgruppen zu erleichtern, ist ein Projekt der Fachstelle Migration.

Der Austausch, die gegenseitige Unterstützung und Zusammenarbeit, die durch das kirchliche Unterstützungsnetz möglich werden, sind für die teilnehmenden Stellen und indirekt für alle Betroffenen sehr wertvoll. Die Beteiligten danken den Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn für ihre Unterstützung.

Der Synodalrat